

CDU Mitgliederversammlung am 30.06.



Auf der gut besuchten CDU-Mitgliederversammlung am 30.06.2015 ehrte der CDU Gemeindeverband Lemwerder für 40jährige Mitgliedschaft Karsten Hays Warfelmann, Hermann Brockmeyer, Fred Pape und Karl-Heinz Geisbüsch, Heiner Look für 20jährige Mitgliedschaft und für 10 Jahre Hans-Gerd Gerdson, Jürgen Rowehl und Lothar Höller. Beim Überreichen der Ehrenurkunde sprach Wolf Rosenhagen im Namen der CDU und sämtlicher Mitglieder seinen Dank aus für engagierten Einsatz und treue Verbundenheit. Die jeweilige Ehrennadel übergab Tanja Sudbrink. (WR)

Wolf Rosenhagen beim DRK in Lemwerder

(WR) Das DRK ermöglicht Flüchtlings - und sozial benachteiligten Kindern in diesen Sommerferien einen Aufenthalt auf Borkum. Auf Nachfrage hatte Erika Behrens aus dem Organisationsteam des DRK in Lemwerder für dieses Angebot bestätigt, dass es noch an einigen praktischen Dingen zur Ausstattung der Kinder für diese Zeit fehlen würde, wie zum Beispiel Handtücher, Zahnpasta, Zahnbürsten, Badelatschen usw. Wolf Rosenhagen hatte am Donnerstag dem 10. Juni mit einem persönlich überreichten Paket dazu beigetragen können, dass die lange Liste für den benötigten Bedarf erheblich übersichtlicher wurde.



(WR) Die **CDU - Fraktion** im Rat der Gemeinde konnte sich mit dem Prüfantrag durchsetzen, dass der Bahnhof Bookholzberg mit dem Sammeltaxi für ein weiteres Jahr angefahren wird. Das Taxi fährt ergänzend zu den Bussen und kann im gesamten Gebiet der Gemeinde angefordert und zu festen Zeiten genutzt werden. Der Bahnhof Berne ist bereits als Anfahrsstation im Streckenangebot enthalten. Mit Anschlüssen an die Züge Richtung Nordenham und Brake sowie mit Bussen der DELBUS ab Sandhausen zum Bahnhof Delmenhorst. Gäste die eine Zugverbindung von Vegesack zur Bremer Innenstadt nutzen möchten, werden bis zum Fähranleger Lemwerder befördert. Mehr Informationen finden sie auch im Internet unter dem Begriff Sammeltaxi Lemwerder.

Einbruchssicherung: Neue Förderung für Eigentümer und Mieter

Astrid Grotelueschen MdB:

Der Bundestag hat in der 21. Woche ein Programm für die Förderung von Maßnahmen zur Einbruchssicherung im Gesamtvolumen von 30 Millionen Euro beschlossen. Künftig kann der Einbau von Alarmanlagen, sicheren Türen und Fenstern von der bundeseigenen KfW Bank separat gefördert werden. Bislang war dies nur im Rahmen von energetischen Sanierungen oder altersgerechten Umbauten möglich. Seit Jahren steigen die Einbruchszahlen. 2014 gab es nach der bundesweiten Kriminalstatistik über 150.000 Wohnungseinbrüche. Hervorzuheben ist, dass 40 % im

Versuchsstadium abgebrochen werden. Das zeigt, wie wirksam ein guter Schutz von Wohnung oder Häusern sein kann. Für das neue Programm stehen 2015 10 Mio. und für 2016 20 Mio. Euro zur Verfügung. Die genauen Regeln der Förderung werden in den nächsten Monaten vom Bundesbauministerium konkretisiert. Die Gelder sollen dann ab Herbst abrufbar sein. Genauso wichtig ist und bleibt für die CDU Lemwerder eine deutlich sichtbare Polizeipräsenz vor Ort. (WR)

Einerseits

aber Andererseits...

1-015 **DAS FORUM**



Liebe Leserinnen, liebe Leser

wir laden Sie ein, sich auf diesen Seiten über die Arbeit des CDU-Gemeindeverbandes Lemwerder zu informieren. Sie werden feststellen, dass wir diese Informationsseiten nicht in ihr Haus tragen, um für eine Ideologie zu Werben oder andere Standpunkte auszuschließen. Wenn Sie es möchten, sind wir für Sie da. Nutzen Sie die Gelegenheit, Ihre Meinungen, Fragen oder Anregungen, an uns zu richten.

Wenn nicht Meinung gegen Meinung offen gesagt wird lässt sich die bessere nicht herausfinden.
Herodot

Wir freuen uns über Ihr Interesse.

Kennen sie den Ausdruck „Es brennt mir auf den Nägeln“?

Ein Titel für ganz besondere Hinweise aus der Gemeinde und umzu, an dieser Stelle für sie präsentiert

Umstapeln im Kopf!!

(JS)
Wo immer die Gelegenheit genutzt wird, den selbsternannten politischen Gegner in der Öffentlichkeit vorzuführen, treten Themen mit den Anliegen Betroffener schnell in den Hintergrund. So geschehen mit Schülern und der Schulleitung am Gymnasium in Brake. Hat sich die immer kleiner werdende Schar von Wählern und politisch interessierten Bürgern das so vorgestellt? Stammtische sind besser als ihr Ruf, hier solche Traditionen mit diesen Wahrnehmungen zu vergleichen kann in dem Zusammenhang nicht unser Anliegen sein. Bedenken sollten wir aber im Interesse der „Sache“, Vorurteile finden sich schneller als gemeinsame Lösungen.

Finanzen !

(JS)
Wer weniger Geld - aus welchen Gründen auch immer - zur Verfügung hat, muss sparen. Das ist eine sogenannte Binsenweisheit. Betroffene öffentliche Haushalte sind verpflichtet, Einsparmodelle in einem Haushaltssicherungskonzept darzustellen. In Privathaushalten setzt sich idealerweise die ganze Familie zusammen und diskutiert, wie ein evtl. Defizit in der Haushaltskasse ausgeglichen werden kann. Dabei werden aus Gründen der Vernunft die daraus resultierenden „Belastungen“ möglichst gerecht verteilt. Vielleicht wird auch nach zusätzlichen Einnahmequellen gesucht, die dann aber immer selber erschlossen werden müssen, z. B. über einem Nebenjob. In der Politik vor Ort ist das leider oft ganz anders. Einsparungen vielleicht, dann aber bitte nach dem St. Florianprinzip, Evtl. wird auch nicht gespart, sondern es werden einfach nur diverse Steuererhöhung verordnet. Ein einfaches Prinzip? Sicher nicht für **UNS und nicht mit der CDU!**

Editorial

B 212 Neu



Parkplatz in Altenesch



Ausgleichsbeträge von den Anliegern der Stedinger Straße!?



82 Teilnehmer, Radtour mit der CDU

CDU - Mitgliederversammlung

CDU - Ortsverband beim DRK



Sammeltaxi in der Gemeinde



Einbruchssicherung: Neue Förderung für Mieter und Eigentümer

Impressum

CDU-Gemeindeverband Lemwerder
W. Rosenhagen, Berner Str. 48 in
27809 Lemwerder
Redaktion: W. Rosenhagen
Satz/Layout: J. Stolle
Software: Adobe InDesign CS 5.5



Auflage: 2500 Exemplare

**B 212 neu-
Das Wirtschaftsministerium in
Niedersachsen legt die Karten neu.
Schlechte Nachrichten aus Hannover.** (WR)



Der Wirtschaftsminister (SPD) für das Land Niedersachsen hat entschieden, dass die B 212 neu in Deichhausen vorerst keine Verknüpfung von und nach Bremen mit der derzeitigen Landesstraße bekommt und dass es eine neue (ergebnisoffene) Diskussion mit Betroffenen und Initiativen über die Trassenvarianten um Deichhausen geben soll. Entschieden ist auch, dass die neuen Diskussionsrunden nicht von der Raumordnungsbehörde bzw. der Planfeststellungsbehörde, sondern von einem externen Beraterteam geleitet werden. Parallel dazu hat der Wirtschaftsminister sämtliche Planungen für eine Umfahrung der Stadt Delmenhorst einstellen lassen. Wer sich noch an die seit Generationen geführten Diskussionen zur Planung der B 212 erinnern kann, wird sich eventuell fragen, wie viele Jahre Planungsstillstand wieder zu erwarten sind und ob der Zeitrahmen für die jetzt extern geleiteten Diskussionen noch real einzuschätzen ist. Und es wird noch schlimmer,

die Absetzung der Planungen für eine Umfahrung der Stadt Delmenhorst in Verbindung mit der gecancelten Verknüpfung B 212 neu und der Landesstraße verringern den gesamtwirtschaftlichen Nutzen einer B 212 neu im Abschnitt Harmenhausen bis zur Landesgrenze erheblich. Der gesamtwirtschaftliche Nutzen war und ist jedoch ein sehr wichtiges Kriterium für einen Zugriff auf den Finanztopf für Straßenbau und -unterhaltung in Berlin. Mit den aufgeführten Entscheidungen wurde der Rang der Gesamtmaßnahme erheblich zurückgestuft und angesichts steigenden Finanzbedarfs für Straßen- und Brückenunterhaltung in der ganzen Republik besteht das Risiko, dass bei dem vorhandenen Finanzierungsmodell Teile der B 212 hier nicht mehr berücksichtigt werden. Externe Berater, vom Steuerzahler finanziert, beschäftigen demnächst Anlieger und Initiativen. Damit werden zunächst die Interessen von Lemwerder und die der Anwohner an der Landessstrasse auf unbestimmte Zeit zurückgestellt. Die Entscheidungen bedürfen der Korrektur.

An der Hauptstraße, Parkplatz in Altenesch (WR)



Die Altenescher möchten, dass die Befestigung des Parkplatzes zwischen Schreiers Huk und Deichtrift jetzt endlich in Auftrag gegeben wird. Zu Recht! Der Platz ist bei Nässe eine Zumutung. Die CDU hat mit Anträgen den Ausbau gefordert und auf die eingeschränkte Nutzung der unbefestigten mit Schlaglöchern übersäten Stellflächen nach Stark- oder Dauerregen aufmerksam gemacht.



Ratsmitglieder der SPD waren in einer öffentlichen Sitzung des Rates der Meinung, da könne ja jeder kommen und lediglich bereit das Projekt mit einem Kostenanteil von maximal 20% zu fördern, vorausgesetzt jemand anderer als die Gemeinde übernimmt den Ausbau. Im Übrigen sei das Ganze im Wesentlichen nur für die angrenzende Schlachtereier von Vorteil.

Das sehen die Menschen in Altenesch ganz anders. Ein stets nutzbarer Parkplatz ist von öffentlichem Interesse. Die Herrichtung dient dem allgemeinen Dorfbild. Er ist für die Bürger und Besucher der Gemeinde, die den Parkplatz nutzen, unverzichtbar, um von hier aus das neuerrichtete Pilgerkreuz auf dem Deich zu besuchen und um den Weg zur Weser für Wanderungen zu erschließen. Die Befestigung dieser Fläche, vorzugsweise nach ökologischen Gesichtspunkten, ist deshalb eine Gemeindeangelegenheit, auch wenn über die Nutzung des Grund und Bodens mit dem Deichband eine Vereinbarung herbeizuführen ist. Im Übrigen ist das Angebot einer 20%igen Gemeindebeteiligung an den Gesamtkosten für die Altenescher eine Zumutung. Für andere Projekte in Lemwerder, die zum Teil ausschließlich private Bereiche tangieren, ist die SPD bereit Anträge mit höheren Kostenanteilen (50% und mehr) zu unterstützen.

Ausgleichsbeträge von den Anliegern der Stedinger Straße?

(JS) Sicherlich sind für die Stedinger Straße die Themen Ortsbild, Aufenthaltsqualität, Erhalt und Pflege der (privaten) Bausubstanz und die Attraktivität von Einzelhandels- und Dienstleistungsunternehmen wichtige Kriterien. Daher gilt es verantwortlich zu untersuchen, mit welchen Ansätzen und Vorgaben das Ziel einer gemeinsamen, tragfähigen Lösung für eine Neu- und Umgestaltung dieser prägenden Ortserschließung erreicht werden können. Prüfungsaufträge zu Städtebauförderungen, deren Vorgaben kreative Lösungsansätze vermutlich nicht im gewünschtem Umfang zulassen und darüber hinaus Anlieger mit Ausgleichsabgaben belasten, die Existenzen gefährden können, sind wenig sinnvoll, werden nachvollziehbar blockiert und verzögern damit den Prozess der Umgestaltung. Die CDU hatte bereits in den Jahren 2012/2013 gefordert, Maßnahmen zur



Neugestaltung der Stedinger Straße planerisch zusammenzufassen und diese einzeln - soweit abgestimmt - nacheinander zu realisieren. Die Fraktionen der FDP und SPD möchten für die Realisierung dieser Maßnahmen Fördermittel beantragen, deren Umrechnungsfaktoren bei der Kostenbeteiligung dritter, die Anlieger exorbitant belasten. Damit werden bereits im Ansatz alle Bemühungen zur Umgestaltung der Stedinger Str. in eine Sackgasse umgeleitet. Wir fordern jetzt, alle bekannten Vorstellungen und Pläne auf ihre schrittweise Umsetzung in Verbindung mit den jeweiligen Kosten- und Kostenträgern zu überprüfen und mit den Betroffenen hierfür einen Konsens herbeizuführen. Nach unserer Meinung haben das Ortsbild und die Aufenthaltsqualität erste Priorität. Dabei wird sich schnell herausstellen, was erreichbar ist und was nicht sofort umgesetzt werden kann. Es gibt Gründe genug jetzt endlich zu handeln.

Entspanntes Radeln, ein wenig Politik und viel Geselligkeit. (WR)

Das sind die Zutaten für ein traditionelles Programm zu dem jedes Jahr im Sommer die CDU Lemwerder einlädt. Also trafen sich auf Einladung am Samstag, den 18.07.2015, insgesamt 82 Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit ihren Zweirädern vor dem Rathaus in Lemwerder um an dieser immer gut organisierten Radtour mit interessanten Zwischenstationen teilzunehmen. Für Freizeitradler auch besonders wichtig: Das Wetter war hervorragend. Den ersten Zwischenstop an der Flughafenstraße nutzte Wolf Rosenhagen um über die Baumaßnahme bei Abeking und Rasmussen sowie die beabsichtigte Verlegung der Flughafenstraße in Richtung Deich zu informieren. Von den Gästen wurde der dringende Wunsch nach mehr Parkplätzen in diesem Bereich vorgetragen. Auf dem Ritzenbütteler Sand - der zweiten Raststation - konnte Wolf Rosenhagen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zum Stand der Planungen für dieses Gebiet anschaulich die beabsichtigte zukünftige Nutzung vorstellen. Danach sollen in einem kurz vor dem Abschluss stehendem Flächennutzungsplan, den die überwiegend Mehrheit im Rat trägt, im Bereich „See/Drachentest“ Flächen als Grünflächen für den Gemeinbedarf gekennzeichnet und ausgewiesen werden. Der von der unteren Naturschutzbehörde vorgelegte Entwurf des Landschaftsrahmenplans weist hier allerdings auf besonders schützenswerte Landschaftsbestandteile und damit auf eine eventuelle Konfliktsituation hin. Die CDU hatte in einer Stellungnahme zu dem Landschaftsrahmenplan gefordert, dass wie beispielsweise in diesem Fall eines überschaubaren Nutzungskonfliktes, die abgewogenen Planungen von Gemeinden Vorrang haben sollten. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sahen das genauso. Sehr interessant fanden die Gäste den Besuch mit Besichtigung beim Mündungsschöpfwerk in Motzen. Von hier aus

steuert der verantwortliche Wasser- und Bodenverband Stedingen, die gesamte Entwässerung in der Gemeinde Lemwerder mit den angrenzenden Moor und Geestgebieten. Bernd Döhle und Jürgen Busch vom Verband hatten sich die Zeit genommen um den Gästen äußerst anschaulich die Technik und Wichtigkeit des Schöpfwerkes zu



erklären. Beim Rundgang durch das Gebäude beeindruckten besonders zwei Hochleistungspumpen. Wenn bei erhöhtem Wasserstand in der Weser, das Wasser aus dem Deichhinterland nicht mit dem natürlichem Gefälle in die Weser ablaufen kann, sind diese Pumpen in der Lage zusammen 30000 Liter/Sekunde Wasser Außendeichs zu pumpen um Überschwemmungen zu verhindern. Unsere Bundestagsabgeordnete Astrid Grotelüschen sprach beim abschließenden geselligen Zusammensein auf dem Hof Sosath über die tags zuvor stattgefundenen Bundestagssitzung zur Eurokrise um „Griechenland“. Auch die Gäste diskutierten kontrovers mit Astrid Grotelüschen konnte überzeugend ausführen, dass es zurzeit im Bundestag zuerst einmal um die Frage geht, ob es sinnvoll erscheint überhaupt weiter mit Griechenland zu verhandeln. Für die Ansicht, eine Chance auf weitere Verhandlungen sollte Griechenland bekommen, gab es Beifall.